

# Der Textil-Arbeiter

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin O 27, Magazinstr. 67 II  
Fernsprecher: Köhlig 1006, 1076 und 1262. — Die Zeitung  
erscheint jeden Freitag  
Telegraphenadresse: Textilpraxis Berlin

**Bereinzelt seid Ihr nichts — Vereintigt alles!**

Anzeigen die jedes gezeichnete Kleinzeile 150 Mark  
Anzeigen- und Verbandsgebühren sind an Otto Zehms, Berlin O 27,  
Magazinstr. 67 II (Postfachkonto 5386), zu richten. — Bezug  
nur durch die Post. — Preis vierteljährlich 75 Mark

## Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

**Inhalt:** Achtung, Zeitungsbesteller! — Verbandsbeiratsitzung. — Auf dem Wege Stinnes'. — Nach Cunos Rede. — Die Frauen der Textilindustrie (II). — Richtlinien für die organisatorische Tätigkeit der Textilarbeiterinnen. — Protest des Deutschen Textilarbeiterverbandes gegen den Beschluß der Reichsregierung, im Monat März keine Lohnerhöhung zuzulassen. — An die deutschen Arbeiter und Angestellten. — Die Arbeitslosigkeit steigt. — Ausstellung „Radel und Schere“. — Warnung! — Wirtschaftliches. — Gesundheitswesen. — Berichte aus Fachkreisen. — Literatur. — Bekanntmachungen. — Anzeigen. — Unterhaltungsbeilage: Ausschnitte aus der Geschichte der Textilarbeiterbewegung (III). — Karl Marx.

gierung Cuno hat nunmehr, als gelehriger Schüler des Herrn Stinnes, das Programm der Industrie zu der ihrigen gemacht. Blickartig wird diese Tatsache dadurch beleuchtet, daß die Regierung Richtlinien beschlossen hat, durch welche dem Arbeitsministerium die Weisung erteilt worden ist, für den Monat März Lohnerhöhungen

Alle diese Unternehmungen erhöhen gleichzeitig ihr Aktienkapital um ein Vielfaches und bieten die neuen Aktien ihren Aktionären zu einem Kurs an, der ein bedeutendes Geschenk für sie bedeutet. Den Vogel schießt diesmal die A.-G. Fritz Schulz jr. in Leipzig ab. Sie zahlt auf das erhöhte Aktienkapital von 22 Millionen Mark eine Dividende von 200 Prozent (im Vorjahre 50 Proz.) und einen Bonus von 2000 Mk. auf jede Stammaktie!

### Achtung, Zeitungsbesteller!

Die Expedition des „Korrespondenzblattes“ veröffentlicht in Nr. 6 des Blattes folgendes:  
„Da es den Zentralvorständen nicht mehr möglich ist, das „Korrespondenzblatt“ ihren Zeitungsendungen beizulegen, die Lieferung als Druckfache aber zu teuer ist, sollen künftig die „Korrespondenzblätter“ für alle Bezahler eines Ortes an eine gemeinsame Adresse geschickt werden. Die örtlichen Organisationen müssen sich mit dem Ortsausschuß über eine gemeinsame Empfangsadresse verständigen und dieser dann die für den Ort benötigte Anzahl Zeitungen bei der Expedition des „Korrespondenzblattes“ bestellen. Auch wo kein Ortsausschuß besteht, müssen die Verbandsfilialen eine gemeinsame Adresse vereinbaren und ihre Bestellung bei der Expedition machen. Mit der Adresse soll möglichst nicht gewechselt werden. Die Neuregelung ist schnellstens vorzunehmen und gleichzeitig das „Korrespondenzblatt“ bei den Verbandsvorständen abzubestellen, damit Doppellieferungen vermieden werden.“

nicht zuzulassen. Diese Weisungen sind den Schlichtungsausschüssen im Reich jedenfalls zugesandt worden. Die Regierung hat zunächst diese Tatsache bestritten, sie hat sich aber schließlich selbst dementiert und die Richtigkeit dieses Beschlusses bestätigt. Die Regierung hat mit diesem Beschluß in Schroffer Weise für das Unternehmertum Partei ergriffen. Die Unternehmer haben bisher aus der Politik der Regierung fortgesetzt Nutzen gezogen. Wir brauchen hier nur an das Steuerrecht, an die Steuererleichterungen usw. zu erinnern. Jetzt macht die Regierung das Maß der Parteilichkeit zum Uebersäumen voll, indem sie den Unternehmern, die Gewinne über Gewinne anhäufen konnten, direkte Zuhälterdienste bei der Ausbeutung der Arbeiter leistet. Diese Maßnahme bedeutet

Angesichts solcher Gewinnergebnisse ist kein Wort des Tadelns scharf genug, um die Maßnahmen der Regierung zu verurteilen.

Wir ersuchen unsere Ortsverwaltungen, vorstehendes zu beachten, ihre Bestellung beim Ortsausschuß aufzugeben und das Blatt bei uns abzubestellen. Der Vorstand.

### Untergrabung der Lebensmöglichkeiten der deutschen Arbeiterschaft,

währenddem die Profitmacherei der Unternehmer von Reich wegen gestützt und gefördert wird. Daß ein solcher Beschluß gerade in einer Zeit gefaßt und zur Durchführung gebracht werden soll, in welcher, wie der Reichstanzler Cuno im Hinblick auf die Ruhrbesetzung selber betont hat, die Einigkeit des deutschen Volkes höchstes Erfordernis ist, beleuchtet haarbar die Unaufrichtigkeit und Arbeiterfeindschaft der Regierung Cuno. Nichts ist geeigneter als diese Regierungsmaßnahme, die bisher bestehende Abwehreinigkeit zu stören. Man könnte versucht werden, hier die Frage aufzuwerfen, ob dies vielleicht der beabsichtigte Zweck ist, um zu einer neuen Dolchstoßlüge zu gelangen?

Wie sieht es dagegen im Lager der Arbeiterschaft aus? Nach Kuczynski sind die Löhne der Buchdrucker, die 1914 um 19 Proz. über dem Existenzminimum standen, im Durchschnitt in der ersten Hälfte des Jahres 1922 um 9 Proz. unter das Existenzminimum gesunken, im dritten Vierteljahr um 40 Proz., im Oktober um 42 Proz., im November um 60 Proz. und im Dezember um 57 Proz. Dieses Beispiel trifft für alle anderen Berufe zu. Dabei ist aber zu beachten, daß im Januar-Februar 1923 eine weitere beispiellose Verschlechterung der Lebenshaltung der Arbeiterschaft durch den ungeheuren Wertanstieg eingetreten ist. In diesen beiden Monaten ist nach der Berechnung des Reichsstatistischen Amtes eine weitere Preissteigerung um 200 Proz. eingetreten. Von einer Abgeltung dieser Preissteigerung durch Lohn- und Gehaltserhöhungen kann keine Rede sein, denn diese Erhöhungen blieben weit hinter der Preissteigerung zurück. Daß im März eine Senkung der Warenpreise eintreten wird, die diese Regierungsmaßnahme rechtfertigte, daran glaubt die Regierung im Ernst wohl selbst nicht. Die Arbeiterschaft war durch die

### Verbandsbeiratsitzung.

Der Vorstand hat für den 25. und 26. März 1923 nach München eine Beiratsitzung einberufen.

### Preissteigerungen fortgesetzt dem härtesten Lohnabbau ausgekehrt.

Die Arbeiterschaft weiß nicht mehr, woher sie die Mittel zur Bekleidung und Beförderung ihrer Kinder nehmen soll, und trotzdem wagt es die Regierung, das Signal zum Lohnabbau zu geben.

### Auf dem Wege Stinnes'.

Die Regierung Cuno zeigt sich immer ostentativer als das Bollzugsorgan derer um Stinnes. Freilich, nach den Reden, die die Vertreter der Regierung Cuno halten, darf man sie nicht beurteilen, denn diese werden nur gehalten, um die wahren Absichten zu verschleiern, sondern nach ihren Taten. Während die Besitzenden in jeder Beziehung schonen behandelt werden, versucht man, der Arbeiterklasse immer neue Lasten aufzubürden. Die Regierung Cuno ist jetzt drauf und dran, der Arbeiterklasse die Kosten der Marktstabilisierung aufzuzahlen. Sie geht dabei offenbar auf den Wegen, die Stinnes in seiner bekannten Rede im Reichswirtschaftsrat vorgezeichnet hat. Die Herren von der Industrie, bis weit in die Kreise der Deutschnationalen hinein, bezeichnen Cuno nicht mit Unrecht als ihren Mann. Sie vertrauen auf ihn, und Cuno ist aufrichtig bemüht, durch seine Handlungen zu beweisen, daß er dieses Vertrauen verdient. Als unter der Regierung Wirth die Marktstabilisierung zur Diskussion stand, da erklärte Stinnes in einer Rede, daß die Marktstabilisierung nur durch eine Suspendierung des Achtstundentags und durch einen entsprechenden Lohnabbau, dem dann erst eine Preislenkung folgen könnte, möglich sei. Diese Rede Stinnes' bedeutete mehr als eine bloße Geste, sie stellte ein Programm der Industrie dar, nach dessen Durchführung die Industrie eventuell bereit sei, die Erfüllungspolitik der Regierung Wirth zu stützen. Die Regierung Wirth ist an der Erfüllungspolitik gescheitert. Die kapitalistischen Kreise haben diese Politik sabotiert. Die Re-

Wir müssen weiter fragen: War es, angesichts der fortgesetzten Kapitalverwässerungen und der ungeheuren Gewinne, die Handel und Industrie besonders im letzten Jahr erzielt haben, notwendig, eine solche Maßnahme zu treffen? Die

### Unternehmern über diese Maßnahmen vorher verständigt

hatte, geht aus der Tatsache hervor, daß die Unternehmer aller Industriegruppen und Verbände im ganzen Reich Lohnerhöhungen für den Monat März ablehnten. Lohnerhöhungen wurden auch dort abgelehnt, wo die niedrigsten Löhne zu verzeichnen waren, wie z. B. in Schöten und Berlin. In Berlin z. B. haben die Unternehmer sogar jede Verhandlung abgelehnt und die Arbeiterschaft an den Schlichtungsausschuß verwiesen, von dem sie nunmehr hoffen, daß er gemäß den Richtlinien der Regierung seine Entscheidung treffen wird. Wenn es unter diesen Umständen zu ersten Wirtschaftskämpfen kommt, dann ist die Regierung als Urheberin für diese Kämpfe verantwortlich zu machen. Es ist doch ganz klar, daß, nachdem die Unternehmer wissen, daß die Regierung sich gegen Lohnerhöhungen für März ausgesprochen hat, sie stier-nadig jede Verständigung und auch jedes Lohnzugeständnis ablehnen.

### Ausschnitte aus der Geschichte der Textilarbeiterbewegung.

Für die Textilarbeiterjugend zusammengestellt von Ernst Rietisch.

#### 3. Die Strumpfwirker-Gesellschaft zu Stadt-Sulza.

In das Leben, die Sorgen und Bedrängnisse eines Gesellenverbandes führt eine Anzahl von Altgenossen aus den Jahren 1752 bis 1797 ein, die sich im Besitze des Archivs unseres Hauptverbandes befinden. In Stadt-Sulza, einer Stadt in Sachsen-Weimar, in der heute noch einige Wollindustrie blüht, bestand eine Gesellschaft der Strumpfwirker. Die Strumpfwirker-Gesellen hatten das Bedürfnis, ihre Verbandseinrichtungen auszubauen; sie faßten den Plan, eine „Krankenbüchse“ — wir würden sagen eine Krankenunterstützungskasse — zu errichten. Allerdings genügte es nicht, daß sie sich über ihren Plan einig waren. Die Gesellen lebten in der Zeit des patriarchalischen Fürstentums; die Fürsten hatten das Bestreben, sich in alles einzumischen und glaubten damit, sich als treue Väter ihrer untreuen Untertanenschaft zu bewähren. So mußten denn die Strumpfwirker-Gesellen ein gar demütiges Gesuch an die hohe Obrigkeit richten; ohne deren Zustimmung durften sie die Krankenbüchse nicht einrichten. Am 25. März 1752 wurde ihnen mitgeteilt, daß ein „gnädigstes Reskript an den Stadtrat zur Berichterstattung ausgefertigt worden sei“. Das war kein Bescheid auf die Bitte; die Gesellen erfuhren nur, daß ihr „allergnädigster Fürst lediglich den Stadtrat zur Berichterstattung über die Angelegenheit aufgefordert habe. Ob die Gesellen ihre Krankenbüchse schließlich noch bekamen, ist aus den Akten nicht ersichtlich.

fürchteten, der Mann werde in kürzester Zeit seinen lehen Atemzug tun. Nun gehörte es zu den Pflichten der Gesellschaft, für die Beerdigungskosten aufzukommen. Dem wollten die Stadt-Sulzaer entgegen. Wenn der Totkrante auswärts starb, so fielen die Bestattungsauslagen anderen zur Last. Zwar war der Geselle Römer in Thüringen beheimatet; nichtsdestoweniger wurde er nach Raumburg in gerade entgegengesetzter Richtung „verschickt“. Die Raumburger Gesellen wollten sich jedoch nicht widerspruchslos mit der Fürsorgepflicht für den kranken Gesellen beladen lassen. Sie sandten ein gefieltes Schreiben an ihre Kollegen von Stadt-Sulza. Darin sprachen sie ihre Verwunderung darüber aus, daß man gerade ihnen den unbekanntem Gast zugeleitet habe. Sie erklärten, daß sich die Raumburger Gesellen nicht verbunden halte, den Kranken zu übernehmen. „Doch aber aus Menschenliebe und auf Ratbefehl haben wir ihn übernommen.“ Ob die Menschenliebe der Raumburger Gesellen allein zureichte hätte, das Opfer zu bringen, wenn nicht der Rat zu Raumburg mit seinem Befehl nachgeholfen hätte, mag füglich unentschieden bleiben. Jedenfalls erhielt der Kranke in Folge des Zusammenwirkens der Menschenliebe der Raumburger Gesellen und des rathserrlichen Befehls eine Unterkunft; er wurde nicht einfach wieder auf den Pferdewagen geladen und in den nächsten Nebel hinausgeschickt. Freilich hatte der Rat eine Bedingung gestellt; der „Transportier“, der Altgenosse Fischer und der Fuhrmann Arth, beide aus Stadt-Sulza, wurden angewiesen, bei dem Kranken zu nächtigen; für den Fall, daß der Kranke den Morgen noch erlebte, mußten sie ihn wieder mit sich nehmen; fürde er aber, so würden die Beibrungs- und Begräbniskosten der Stadt-Sulzaer Gesellschaft auferlegt werden.

gewährten. Dabei wurde die Hoffnung ausgesprochen, daß sich die Stadt-Sulzaer Gesellen zu entsprechenden Gegenleistungen bereit zeigen, sich also nicht etwa weigern sollten, gelegentlich auch einen kranken Raumburger Gesellen aufzunehmen. Vorsorglicherweise stellten die Raumburger folgende eine Rechnung auf, in der alle Posten enthalten waren, die sich in Todesfällen ergaben. Da kommt die Leichenfrau mit 16 Groschen und ähnliches mehr. Es ist sicher anzunehmen, daß sich die Stadt-Sulzaer auf dieses Abkommen eingelassen haben, das auf Gegenseitigkeit beruhte und Vor- und Nachteile gleichmäßig abmug.

Einen fröhlicheren Hintergrund hat eine Abmachung der Strumpfwirker-Gesellschaft Stadt-Sulza mit dem Ratswirt. Durch Schuld-schein vom 17. Mai 1757 verpflichteten sich die Gesellen zur Rückzahlung von einem Taler und acht Groschen. Wir sehen im Griffe noch die Gesellen im Ratsteller als wackere Jecher sitzen; wir fühlen mit ihnen, wie sie plötzlich wahrnahmen, daß sie nicht bloß über ihren Durst, sondern auch noch über ihre Mittel getramt haben. Der Wirt gibt ihnen Kredit und mit zitternden Händen unterschreiben sie die Schuldverpflichtung. Sie wurde in Abschlagen abbezahlt; vermutlich wurde die Gesellertasse nicht selten von Ebbezeiten heim-gesucht und Wochen hindurch mußte geparkt werden, um das zurück-zuerstatten, was in einer Nacht verjubelt worden war. Denn sie lebten zuweilen leicht und sorgelos, die biederen Gesellen; nicht selten fanden sie sich am blauen Montag in froher Trinkerstimmung wieder zusammen und fehten bei einer feuchten Runde die gesellerten Freuden des Sonntags fort.

Unter den Gesellschaften der einzelnen Orte wurde darauf geachtet, daß der Geist der Solidarität und brüderlichen Kameradschaft gepflegt wurde. Daß indes bei aller Pflege der Kameradschaft die Wahrung der finanziellen Interessen nicht außer acht gelassen wurde, zeigt ein Altentwurf vom 4. Mai 1784. Die Strumpfwirker-Gesellschaft Stadt-Sulza hatte den Gesellen Christoph Römer, der schwer erkrankt war, auf einem Pferdewagen nach Raumburg ver-bringen lassen. Es scheint, daß die Gesellen von Stadt-Sulza be-

Die Raumburger Gesellen wollten sich allerdings diese Bedingungen des hohen Rats nicht zu eigen machen. Sie wußten, daß die Gesellschaften der einzelnen Orte sich nicht entbehren konnten, sondern aufeinander angewiesen waren. Deshalb wollten sie nicht so schroff vorgehen, wie es der Raumburger Rat eigentlich erlaubt hätte. Offenbar kam bei ihnen eine starke Regung von Mitleid mit dem Klassen-genossen zum Durchbruch. Sie machten den Vor-schlag, sich mit den Stadt-Sulzaer Gesellen zu vergleichen; jede Gesellschaft sollte die Hälfte der Kosten tragen, die anfallen wür-den, wenn sie dem Kranken weiteren Unterschlupf und weitere Pflege

### Karl Marx.

Vor vierzig Jahren — am 14. März 1883 — ist ein Universalgeist der Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus, aus dem Leben geschieden. Was Marx der Arbeiterschaft gegeben, hat diese selbst noch nicht ganz begriffen. Es dürfte heute in Deutschland allerdings keine allzu große Zahl Proletarier geben, denen nicht der Name Karl Marx geläufig wäre, ohne Marx selbst zu kennen. Und wieder-um unter jenen, die heute mit Träger des lebendigen Sozialismus sind, gibt es noch allzu viele, die in das Wesen des Marxismus noch nicht eingedrungen sind. Wäre der Sozialismus das geistige Er-

In einer Eingabe unserer Organisation an den Reichszentralrat, die wir an anderer Stelle zum Abdruck bringen, erheben wir Protest gegen diese Regierungsmaßnahme.

Die Arbeiterschaft im Reich wird aus dieser Stellungnahme erkennen, daß die Regierung bestrebt ist, ganz im Geiste Stinnes die Arbeiterschaft zu knebeln im Interesse des „heiligen“ Profites. Für die Arbeiterschaft bedeutet dies Signal der Regierung Kampf. Die Regierung hat Wind gefaßt, sie wird Sturm ernten.

Nach Cunos Rede.

Sagen wir es geradezu heraus: die Rede des Reichszentralrats war eine bittere Enttäuschung. Damit sei nicht gesagt, daß wir etwa Anlaß hätten, ihr zu widersprechen. Mit dem, was gesagt wurde, können auch wir im großen und ganzen einverstanden sein; der schwache Punkt der Rede liegt jedoch darin, daß viel zu wenig gesagt wurde. Das Entscheidende, das Wesentliche, das, worauf alles ankommt und wovon alles abhängt, blieb unausgesprochen. Zweifelloso haben die heftigen Anklagen gegen die französische Gewaltpolitik ihre Berechtigung. Was sich im Ruhrgebiet die französischen Generale anmaßen, ist unerträglich. Das ist Mißbrauch des Gewalts, das ist blindes, dummes Wüten des Militärstiefels. Das bewaffnete preussische Junkertum hat sich in der Regel auch nie einfältiger, kurzschichtiger und brutaler betragen, als es an der Ruhr nunmehr die französische Soldateska treibt. So etwas kann keine Bevölkerung mit schweigender Ergebenheit erdulden. Gegen den passiven Widerstand, mit dem den Ausschreitungen des französischen Imperialismus begegnet wird, ist nichts einzuwenden. Frankreich hat den Rechtsboden verlassen; wir dürfen das Unrecht, das geschah, nicht als eine gegebene Tatsache anerkennen, die durch unsere Anerkennung zum neuen Rechtsboden würde. Das ist alles richtig. Das hilft uns freilich nicht darüber hinweg, daß unsere wirtschaftliche und politische Lage furchtbar und verzweifelt ist. Bei allem passiven Widerstand müssen wir danach trachten, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß wir es nicht mehr nötig haben, den passiven Widerstand beizubehalten. Politisch ist nicht stille Ergebenheit in ein unabänderliches Schicksal; politisch ist aktive Teilnahme an der Gestaltung seines Schicksals. In diesem Sinne war Cunos Rede wahrhaftig eine sehr unpolitische Rede. Sie klagt an, stellt fest und will im übrigen alles den andern überlassen. Dabei übersteht der Reichszentralrat freilich nur das eine, daß die andern letzten Endes nur an ihre eigenen Interessen denken; sie sind der Meinung, die Wahrung der deutschen Interessen sei schließlich vor allen Dingen die wichtigste Angelegenheit der deutschen Regierung. Die bloßen Anklagen und Feststellungen Cunos aber stellen keine zureichende Wahrung der deutschen Interessen dar. Man fühlt sich bei Cunos Rede an Reden der deutschen Reichszentralrat während des Weltkrieges erinnert. Auch damals wankten wir am Abgrunde hin. Es wäre darauf angekommen, daß ein rechtzeitiges Ende gefunden worden wäre. Es hätte Mut und Entschlußkraft und eine tapferere Kühnheit dazu gehört, das entscheidende Wort zu sprechen und die rettende Tat zu vollbringen. Das Wort wurde nicht gesprochen und die Tat nicht vollbracht. Die Kanzler redeten von ihrer Friedenssehnsucht und ihrer Verhandlungsbereitschaft; sie erwarteten von Gegnern mancherlei und versicherten im übrigen ihren Durchhaltewillen und ihre Durchhaltkraft. Es wurde fortgewurstelt bis zu dem jähen Erwachen im Herbst 1918. Soll diese Politik des Trägen, unitägen Fortwurstelns auch jetzt wieder in Übung sein? Fehlt in der Wahrheit das starke Gefühl für die ganze Unhaltbarkeit und Unmöglichkeit unserer Situation? Der Kanzler sprach so, daß augenblicklich in Deutschland sich jedes Gemüt besträubt. Aber diese augenblicklichen Befriedigungen, die dem braven deutschen Gemüt zuteil wurden, sind kein Ausweg aus unserem Unheil. Es ist heute zu wenig, wenn Reichszentralrat innerhalb der deutschen Grenzen angenehme Gemütsbewegungen schaffen; Reichszentralrat reden taugen in diesen Tagen nur etwas, wenn sie Taten sind und die Dinge in Bewegung setzen. Man sagt, der Kanzler konnte nicht Verhandlungen anbieten; solches Angebot wäre als Kapitulation ausgedeutet worden. Zwar sind wir anderer Meinung; aber wir hätten auf alle Kritik verzichtet, wenn der Kanzler dafür einen andern, neuen, überraschenden, ausichtsreichen Vorstoß unternommen hätte. Aber das Verhandlungsangebot unterlassen und gleichzeitig keinen andern besseren Ausweg zeigen: das erscheint uns doch zu dürftig. Das ist ohne Zweifel vollendete „Unfruchtbarkeit“. Ein Volk, das so sehr vom Übergang bedroht ist wie das deutsche, darf sich den Luxus einer Politik der Unfruchtbarkeit nicht mehr leisten. Seine Beweglichkeit und Findigkeit, seine Aktivität und Unermüdblichkeit müssen unübertrefflich sein. Versteht der Kanzler die Zeichen der Zeit wirklich nicht? Er weiß doch, daß Amerika keine Lust hat, sich an den europäischen Angelegenheiten die Finger zu verbrennen. Es ist ihm wohl nicht unbekannt, daß man uns Deutsche in England, wie Erlenz schrieb, „über“ hat. Er ist sich doch sicher klar darüber, daß wir einfach ohnmächtig sind dem französischen Militarismus gegenüber. Er ist vertraut mit den Wirtschaftsdingen und täuscht sich bestimmt nicht darüber hinweg, daß die Ruhrabschnürung unser Volk immer tiefer in Armut und Elend stürzen muß. Kein Erzeuger, Unternehmer, Händler baut die Preise ab; jeder durchschaut, daß die Marktbesserung nur eine künstliche Wache ist, die von keinem langen Bestand sein kann. Und dazu noch das Knistern im Gebäl-

des deutschen Reichsbaus! Der Münchener separatistische Putschversuch ist weder harmlos noch zufällig. Er liegt in der Linie der „föderalistischen Politik“ Dr. Heims und seiner Freunde; er wollte das verwickeln, was diese Drahtzieher ständig fordern. Vielleicht war er auch darauf berechnet, Herrn Poincaré anzudeuten, daß in München „Erfolge wintem“ und daß dort „Unerlöste“ sind, die sich gern zu Dingen zwingen lassen möchten, die aus eigenen Kräften zu tun sie sich noch nicht stark genug fühlen. Immer kamen von Bayern her Schwierigkeiten, wenn sich das Reich in großen außenpolitischen Schwierigkeiten befand; es ist auch jetzt nicht anders. Die bayrischen Vorgänge sind Symptome eines bedenklichen Zerfallsprozesses; es hilft nichts, einfach die Augen davor zu verschließen.

Der Kanzler gab nicht einmal die Vorschläge bekannt, die feinerzelt die deutsche Regierung in Paris durch Herrn Bergmann erläutern lassen wollte. Es hat den Anschein, daß die Vorschläge tatsächlich weitgehende Angebote enthielten. Daß aber die Reichsregierung diese Vorschläge bis heute mit dem Schleier des Geheimnisses umhüllt, gibt zu denken. Schämt sie sich dessen, schon einmal so weit gegangen zu sein? Will sie jene Anerbietungen nie mehr wiederholen? Sollte am Ende gar jene Ankündigung, nichts mehr zu unterschreiben, was nicht erfüllbar ist, bedeuten, daß sich Cuno in Gegenfah zu Müller stellen will, der einstmal in Versailles zur Unterschrift sich entschloß?

Die Rede Cunos hätte vielleicht noch ergänzt werden können durch das, was die Parteien zu sagen hatten. Aber auch die Debatte brachte herzlich wenig; einige Beachtung verdienen nur ein paar Wendungen Stresemanns. Die deutsche Industrie, so erklärte jener, sei zur Bürgerschaftsleistung bereit, wenn ein vernünftiges Abkommen getroffen werde. Jetzt aber sei z. B. Sachverfassung unmöglich, um nichts den Franzosen in die Hände zu spielen.

Am glücklich zu werden, bedarf der Mensch einer möglichst freien Entfaltung seiner Persönlichkeit.

Ich will daher für die Freiheit meiner Brüder eintreten und alle Formen der Sklaverei bekämpfen. Zu den schlimmsten derselben gehört die ökonomische Abhängigkeit von einzelnen, welchen dadurch Macht über das ganze Dasein anderer gegeben ist — eine Macht, die von allen nicht stillos hochstehenden gemißbraucht wird. Ich will dazu mitwirken, daß der Gegensatz von Herren und Knechten und damit der Klassenunterschied verschwindet und an Stelle der künstlichen Abhängigkeit von einzelnen die natürliche Abhängigkeit von der Gesellschaft tritt, welche wirklich es ist, die den einzelnen ihren Unterhalt gewährt. Und wie diese es tatsächlich ist, welche dem einzelnen alle Güter beschafft, so muß dies auch politisch zum Ausdruck kommen, indem an Stelle des privaten Lohnsystems allgemein das gesellschaftliche tritt.

Auch diese Rede war keine Tat.

„Es soll etwas geschehen, aber nicht jetzt. Im Gegenteil: Wenn es jetzt geschehe, wäre es ein Unglück.“ So etwa sagte es Cuno auch, nur mit ein wenig andern Worten. Das ist ebenfalls die Politik des „Die-Hände-in-den-Schöß-Legens“.

Die Ruhrfrage hat wie die Reparationsfrage überhaupt eine äußere und eine innere Seite. Wir lösen sie in auswärtiger Hinsicht niemals gütig, wenn wir keine Anstalten treffen, ihrer in innerpolitischer Hinsicht Herr zu werden. Es ist nötig, unsere Reichskasse zu füllen, um zahlungsfähig zu sein. Ist Geld in der Reichskasse und zeigen wir uns dann verhandlungsbereit, dann werden wir nicht auf den Partner zu warten brauchen. Wir haben etwas hinter uns; das wird uns auch dafür bürgen, daß wir gleichberechtigt zum Unterhandlungstisch zugelassen werden. Mit dem Hinblick auf das, was wir zu bieten haben, werden wir nicht erfolglos unsere Bedingungen stellen können. Nur ein kräftiges Erfassen unseres Besitzes schafft dem Reiche Geld. Die Erfassung des Besitzes ist das bedeutendste Mittel, um die Ruhrfrage zu lösen. Nach dieser Richtung bietet der Weg zur Aktivität unserer Regierung offen.

Dieser Weg wurde nicht begangen. Die Ruhrfrage besteht fort. Man wartet ab. Wir haben nicht mehr lange Zeit, bloß abwarten zu dürfen. Die Katastrophe droht. Hoffen wir, daß die nächste Kanzlerrede die notwendige Tat sein wird.

Die Frauen der Textilindustrie.

Ein besonders wichtiges Kapitel wird durch die Feststellung der erwerbstätigen Frauen, die Kinder unter 14 Jahren zu versorgen haben,

berührt. Von den von der Fählung erfaßten Frauen haben 57,4 Proz., also die weitaus größere Hälfte, unerwachsene Kinder zu versorgen. Im Gau Augsburg ist die Zahl der Frauen mit Kindern noch besonders groß (70,3 Proz.), so daß dort von je zehn erwerbstätigen verheirateten Frauen nur drei ohne Kinder sind. Die Gawe Stuttgart mit 65,9 Proz. und Hannover mit 65,2 Proz. geben dem Gau Augsburg nicht viel nach. Mehr als 50 Proz. erwerbstätige Frauen mit Kindern haben auch die Gawe Barmen mit 63,2 Proz., Kassel 60,6 Proz., Gera mit 58,7 Proz. und Biegnitz mit 56,6 Proz. Fast die Hälfte der Frauen haben Kinder im Gau Berlin (49,5 Proz.).

Rampes selbst haben gewechselt. Es gibt heute trotzdem Leute, die der Meinung sind, die veränderten Formen des Klassenkampfes hätten diesen selbst ausgeschaltet. Ja; es gibt heute sogar Sozialisten, die glauben, der Klassenkampf habe aufgehört, weil das Ringen der Führer der beiden exponiertesten Klassen sich in sogenannten Arbeitsgemeinschaften abspielt. Das sind die geistig Blinden. Ihnen ist das Wesen des Klassenkampfes und des Marxismus so wenig in Fleisch und Blut übergegangen, daß sie fürchten, durch Verhandeln mit den Unternehmern ihre Weltanschauung zu verlieren. Wer so wenig fest ist, der tut allerdings gut, zu rufen wie jener Dorfheld: „Haltet mich, sonst gibt's ein Unglück!“

In der vom Vorwärts-Verlag herausgegebenen Marx-Numer schreibt Karl Renner, auf den Lehren von Marx fußend, folgende treffenden, inhaltreichen Worte: „Die bürgerliche Dekonomie ist inzwischen Weltökonomie geworden, die sich ohne Weltgewand nicht entscheidend gestalten läßt.“

Weltökonomie! Zur Zeit, wo Karl Marx lebte, war Europa die Welt, die Vereinigten Staaten waren ein überseeisches Anhängsel der Welt, alles andere war nur äußerlich verknüpft. Der Gedanke war möglich, den Sozialismus in Europa aufzurichten und die primitiveren Wirtschaftsformen des Ostens und der Kolonien ebenso äußerlich an die Welt des Sozialismus anzuknüpfen. Andererseits mußte Europa, auf sich selbst gestellt und in sich abgeschlossen, die Gegensätze zwischen Kapital und Arbeit rasch auf die Spitze treiben und die soziale Revolution zeitigen. Die Arbeiterklasse der westeuropäischen Länder international zu einigen, war auch eine verhältnismäßig leichte Arbeit; für die europäische Arbeiterschaft war es kein unerreichbares Ziel, durch eine Art Vereinigte Staaten von Europa dem Sozialismus seinen äußerlichen politischen Rahmen zu geben.“

Renner erläutert dann, daß dadurch der Kapitalismus einen ungeheuren Vorprung erreicht hat, der den gewaltigen Zusammenstoß von Kapital und Arbeit hinausgeschoben hat. Die Schlachtfront muß international formiert werden. Bei der wirtschaftlichen Verflechtung aller Staaten der Welt kann unser Ziel nicht einzelfaßlich erreicht werden. Das sind Wahrheiten, die von der Arbeiterklasse geistig verarbeitet werden müssen, soll das Proletariat nicht schwere Fehler begehen und schwere Rückschläge erleben.

Kann man sich schon eine Vorstellung machen, wie schwer es eine Fabrikarbeiterin hat, die nur ein einziges Kind daheim weiß, so wächst der Eindruck gewaltig, wenn man die

Größe der Familien

ins Auge faßt. Die Zahl der unerwachsenen Kinder einer Frau steigt bis zu neun. 51,1 Proz. der Frauen mit Kindern hatten 1 Kind, 28,4 Proz. hatten 2 Kinder, rund 13 Proz. waren Mütter von 3 Kindern. 4 und mehr Kinder hatten noch 2003 oder 7,6 Proz. der Frauen mit Kindern überhaupt. Wir zählten 1310 Vierkinderfamilien, 469 Familien mit 5, 171 Familien mit 6 Kindern. Eine lebendpflüchtige Kinderzahl hatten 43, eine achtköpfige noch neun Frauen. Eine Frau berichtete über neun der Schule noch nicht erwachsene Kinder! Einer übermenschlichen Anstrengung muß es bedürfen, wenn eine Frau bei einer solchen Größe der Familie ihren Verpflichtungen in Haus und Fabrik nachkommen will.

Die Gesamtzahl der Kinder unter 14 Jahren, die die erwerbstätigen von der Fählung erfaßten Frauen besitzen, beträgt 47 854. Davon stehen im ersten Lebensalter 7,1 Proz., im zweiten 8,5 Proz., im dritten 4,3 Proz., im vierten 3,4 Proz., im fünften 3,7 Proz., im sechsten 4,8 Proz., im siebenten 6,8 Proz., im achten 8,8 Proz., im neunten 8,8 Proz., im zehnten 9,3 Proz., im elften 9,6 Proz., im zwölften 9 Proz., im dreizehnten 8,3 Proz. und im vierzehnten Lebensalter 7,6 Proz. Daraus geht hervor, daß Mütter von Säuglingen in großer Zahl in den Fabriken arbeiten müssen. Es ist ja eine bekannte Tatsache, daß die erwerbstätigen Frauen, die Mutter geworden sind, die Fabrikarbeit gewöhnlich unmittelbar nach Ablauf der gesetzlichen Schutzfrist wieder aufzunehmen gezwungen sind. In den meisten Fällen ist geeignete Vor- und Fürsorge auf Obhut und Fürsorge der Säuglinge nicht genommen. In der Regel sind die Frauen gezwungen, die Kinder zu Hause zu lassen, wo sie dann von Familienangehörigen, oftmals von älteren schulpflichtigen Geschwistern, bewacht werden. Vielfach kommt es auch vor, daß die Kinder Verwandten oder auch fremden Leuten in Obhut gegeben werden.

Ueber den

Tagesaufenthalt der Kinder

der beschäftigten Frauen gingen 26 034 Einzelantworten ein; davon lauteten 35,4 Proz. der Antworten: unbeaufsichtigt, d. h. die Kinder sind jeder Aufsicht während der Arbeitszeit entrückt. Es ist dies eine der höchsten gemommenen Prozentzahlen. In ihr spiegeln sich die Wirkungen der heutigen Erwerbsarbeit und das damit verbundene Kinderelend grell wider. In mehr als einem Drittel der Fälle sind also die Kinder sich selbst überlassen, während die Mutter in der Fabrik arbeiten muß. In den Bezirken Hannover, Dresden, Biegnitz und Berlin ist diese Zahl noch höher und steht über dem Reichsdurchschnitt.

Hieran erkennt man deutlich, in wem großem Umfange die Kinder den Gefahren der Straße ausgesetzt sind. Ein Teil der bezeichneten unbeaufsichtigten Kinder wird von älteren Geschwistern, die aber selbst noch der Aufsicht bedürfen, behütet. Von den Großeltern wurden 22,7 Proz. der Kinder behütet. Das ist die zweithöchste Prozentzahl, 21,8 Proz. zählen die Fälle, in denen die Kinder auf Bekannte angewiesen sind oder von etwa noch anderen erwachsenen Familienangehörigen bewacht werden. 14,2 Proz. der Antworten lauteten: bei Verwandten. Kinderheime sind noch sehr wenig in Gebrauch. Auf im Ortsheime lauten 4,7 und im Fabrikheim nur 1/2 Proz. der Antworten. Für die Beaufsichtigung der Kinder muß also noch viel getan werden, wenn nicht durch die erscheidende Zunahme der Frauenarbeit der zukünftigen Gesellschaft die größten Schäden erwachsen sollen. Die Erziehung der Kinder ist eine Sache, die die Gesamtgesellschaft berührt, und die Gesamtgesellschaft muß endlich dafür Sorge tragen, daß die zukünftigen Geschlechter, die heranwachsen, so erzogen und behütet werden, daß aus ihnen nützliche Glieder der Gesellschaft werden. Wie heute die Dinge liegen, sind die Kinder den größten Gefahren ausgesetzt und es ist Pflicht der Gesellschaft, hier schleunigst einzugreifen.

Entschädigung für die Unterbringung der Kleinkinder resp. für die Beaufsichtigung der Kinder in der schulfreien Zeit.

Für 9635 Kinder, die sich außerhalb der Schulzeit in Orts- und Fabrikheimen, bei Familienangehörigen usw. aufhielten, mußte gezahlt werden in 2413 Fällen = 25,1 Proz. täglich bis zu 3 Mk., in 2441 Fällen = 25,3 Proz. bis 6 Mk., in 1508 Fällen = 15,7 Proz. bis 9 Mk., in 1796 Fällen = 18,6 Proz. bis 12 Mk., in 668 Fällen = 6,9 Proz. bis 15 Mk. und in 809 Fällen = 8,4 Proz. mehr als 15 Mk. täglich. Die niedrigsten Beträge bezogen sich auf die Beaufsichtigungsgebühren in den Orts- und Fabrikheimen, während in dem höheren Entgelt die von fremden Leuten verlangten Entschädigungen zu sehen sind und teilweise auch ein anteiliger Betrag für die Verabreichung von irgendwelchen Nahrungsmitteln durch Angehörige eingeschlossen ist.

Ursache der industriellen Mitarbeit der Frau.

In der Regel begnügten sich die berichtenden Frauen damit, den Hauptgrund, den nicht ausreichenden Verdienst des Mannes, für ihre Erwerbstätigkeit anzugeben. So wird manche junge Frau, der es noch an der häuslichen Einrichtung fehlt, geschrieben haben: „Der Verdienst des Mannes reicht nicht aus.“ Manche Frau hat auch mehrere Gründe, wir haben aber jedesmal nur einen gezählt. In 13 581 Fällen = 29,5 Proz. waren die im Betriebe tätigen Frauen Alleinverdiener, d. h. sie waren entweder verwitwet resp. geschieden oder lebten getrennt von ihrem Ehemann. Der Verdienst des Mannes reichte zur Bestreitung der Unterhaltskosten der Familie in 28 314 Fällen = 61,6 Proz. nicht aus. Wegen der Beschaffung von Haushaltsgegenständen mußten die Frauen in 1549 Fällen = 3,4 Proz. im Betriebe mitverdienen. Wegen Arbeitslosigkeit des Mannes gingen 523 Frauen = 1,1 Proz. mit auf Arbeit. Die Inaktivität des Ehemannes veranlaßte in 1111 Fällen = 2,4 Proz. die Frau zur Mitarbeit. Krankheit des Mannes oder anderer Angehörigen zwang in 571 Fällen = 1,3 Proz. die Frau in den Fabrikdienst. Die Miterhaltung von Angehörigen war in 277 Fällen = 0,6 Proz. die Ursache der Fabrikarbeit, und in 73 Fällen = 0,1 Proz. sorgte der Ehemann nicht für die Familie, so daß der Frau nichts anderes übrig blieb, als dem Verdienst, und zwar dem in der Fabrik, nachzugehen.

In den

Schlussbemerkungen

wird festgelegt: 1. Die Mehrzahl der Beschäftigten in der Textilindustrie sind Frauen; 2. diese Frauen sind zum größten Teil verheiratet; 3. die verheirateten Frauen haben neben der Erwerbsarbeit noch häusliche Arbeiten zu verrichten; 4. mehr als die Hälfte der verheirateten Frauen haben unerwachsene Kinder zu versorgen. Bei der Gestaltung der Arbeitsverhältnisse, namentlich bei Regelung der Arbeitszeit, muß auf diese Tatsachen die größtmögliche Rücksicht genommen werden. Die Gesamtbürde der gewerblichen und häuslichen Arbeit muß derart abgegrenzt sein, daß sie den schwachen Körper der Frau nicht zugrunde richtet und damit die Entwicklung des zukünftigen Geschlechts gefährdet. Die festgehaltenen Tatsachen verbieten eine Ausdehnung der Arbeitszeit über 8 Stunden täglich hinaus und verlangen gebieterisch eine weitere Verkürzung.

Richtlinien für die organisatorische Tätigkeit der Textilarbeiterinnen.

Der Deutsche Textilarbeiterverband unterhält in der Zentralverwaltung ein vom Vorstand geleitetes für das ganze Verbandsgebiet zuständiges Zentralsekretariat für Textilarbeiterinnen. Dem Zentralsekretariat untersteht die Leitung der gesamten Textilarbeiterinnenorganisationsarbeit des Reiches.

In allen Filialen des Deutschen Textilarbeiterverbandes sollen möglichst Arbeiterinnenkommissionen oder Arbeit-

tum all derer geworden, die sich heute zu den Sozialisten rechnen, wahrlich, es gäbe heute keine zwei Richtungen. Nur wer den Hauptfeiler des Sozialismus kennt, d. h. wer den historischen Materialismus beherrscht, der hat das Wesen des Sozialismus begriffen, der bleibt vor Irrwegen verschont.

Marg gehört nicht nur dem deutschen, nein, er gehört dem internationalen Proletariat. Notwendigerweise kann es gar nicht anders sein. Denn wenn Marg im Kommunistischen Manifest erklärt: „Die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft ist die Geschichte von Klassenkämpfen“, so hat er damit als Prometheus dem internationalen Proletariat die Fackel gebracht zur Erläuterung des Weges, den es zu gehen hat. Und am Schlusse des Kommunistischen Manifestes, dem ersten sozialdemokratischen Programm, das den Weg zum Ziel weist, ruft Marg seine bedeutungsvollen Worte aus: „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“

Das beste Rüstzeug für den Klassenkampf des Proletariats hat Marg geliefert in seinem „Kapital“. Begriff der Ware, Arbeitskraft, Wert, Mehrwert, Kapital usw. Er hat mit einer Klarheit sondergleichen die Begriffe dieser Worte klargestellt, wie keiner seiner Vorgänger es vermocht hat. Mehr oder weniger fußen diese auf einem naturrechtlichen Sozialismus, der ihrer Ideologie entsprungen ist, während Marg aus der lebendigen Wirklichkeit schöpft. Deshalb ist und bleibt es auch ein vergebliches Bemühen der gelehrten Doktoren und Professoren der verschiedensten geistigen Kaliber, das Monumentalwerk von Karl Marx, das Kapital, zu erschüttern. Jeder halbwegs intelligente Proletarier ist heute imstande, auf ökonomischem Gebiete diesen Herren eine Niederlage zu bereiten. Wer Marg ökonomische Lehren auslegen will, der muß die Entwicklungsgesetze zum Stillstand bringen. Der Versuch hierzu wäre aber ein vergebliches Beginnen. Was Marg ein halbes Jahrhundert vorausgesehen hat, das haben seine geistigen Antipoden heute noch nicht begriffen.

Marg hat nicht den Klassenkampf erfunden, wie mancher kapitalistische Zeitungsschreiber befundet, sondern er hat den Klassenkampf aufgezeigt, die Tatsache selbst festgelegt. Der Klassenkampf ist auch nicht eine Erscheinung der Jetztzeit, sondern er ist geboren mit dem Privateigentum. Die Schwärze des Kampfes entsprach jeweils der Schwärze der vorhandenen Klassenverhältnisse. Die Formen des

terinnengruppen gebildet werden. Die Arbeiterinnenkommissionen und die Arbeiterinnengruppen haben die weiblichen Verbandsmitglieder möglichst vollständig zu besonderer Tätigkeit im Rahmen des Verbandes zusammenzufassen.

Die Arbeiterinnenkommissionen sollen aus mindestens sieben weiblichen Verbandsmitgliedern bestehen. Sie hat sich mit allen Arbeiterinnen- und Frauenfragen zu beschäftigen, evtl. Beschlüsse zu fassen und Gutachten auszugeben. Sie hat gefasste Beschlüsse und ausgearbeitete Gutachten bei der Ortsverwaltung zu vertreten und alle sonstigen zweckdienlich erscheinenden Arbeiterinnen- resp. Frauenveranstaltungen im Benehmen mit der Ortsverwaltung vorzubereiten und durchzuführen. Sie hat ihre Vorsitzende und Schriftführerin sowie deren Stellvertreterinnen selbständig zu wählen.

Arbeiterinnengruppen können in Filialen gebildet werden, in welchen Arbeiterinnenkommissionen noch nicht möglich sind. Die Arbeiterinnengruppe wird geleitet von einer von der Ortsverwaltung zu bestimmen oder von den weiblichen Verbandsmitgliedern gewählten Kollegin. Die Ortsverwaltung entscheidet, welche der beiden Organisationsformen zu schaffen ist.

§ 3.

Die Arbeiterinnenkommissionen, resp. die Arbeiterinnengruppen, bezwecken die Befreiung der Textilarbeiterinnen aus der vorhandenen Gleichgültigkeit und ihre Erziehung zu bewußten und überzeugten Verbandsmitgliedern, ihre Heranziehung zu tätigen Gewerkschaftsaktivitäten, mit dem Ziel, sie für Verwaltungsaufgaben innerhalb der Organisation zu schulen und für die Erfüllung der aus der politischen Gleichberechtigung der weiblichen Bevölkerung sich ergebenden sozialen Aufgaben fähig zu machen.

Die Arbeiten der Arbeiterinnenkommissionen oder Arbeiterinnengruppen sollen verrichtet werden im Benehmen mit dem Filialvorstand. Der Filialvorstand soll nur Einspruch gegen Beschlüsse der Arbeiterinnenkommissionen oder der Arbeiterinnengruppen erheben, wenn wichtige Gründe vorliegen.

§ 4.

Zur Erreichung dieses Zweckes haben die Arbeiterinnenkommissionen resp. die Arbeiterinnengruppen in eingehender Gedankenarbeit für die Entwicklung eines frischen selbständigen Lebens innerhalb der organisierten Textilarbeiterinnen der Filiale zu sorgen und möglichst, losgelöst von jeder Schablone, den örtlichen Bedürfnissen entsprechende Maßnahmen zu ergreifen und Veranstaltungen zu arrangieren.

Zu den Maßnahmen und Veranstaltungen können gehören:

1. Sorgfältigste Prüfung aller Vorschläge, Anregungen, Beobachtungen usw., welche von irgendeiner Arbeiterin zu Gehör gebracht werden. Mit besonderer Hingabe sind Vorschläge, Anregungen und Beobachtungsergebnisse zu prüfen und evtl. zu verarbeiten, welche aus unmittelbarer Berufserfahrung geschöpft sind.

2. Erörterung von Angelegenheiten der Betriebe, in welchen die Arbeiterinnen beschäftigt sind.

3. Feststellung physischer und seelischer Beschwerden der Textilarbeiterinnen in bestimmten Lebensperioden, wie: Periode der Pubertät, der Menstruation, der Schwangerschaft, der Eheperiode, der Niederkunftsperiode, der Stillperiode als Mutter, der Mutterschaft in der Zeit des schulpflichtigen Alters der Kinder, der Mutterschaft in der Zeit des jugendlichen Alters der Kinder bis zu deren Verheiratung.

4. Feststellung der sozialen Beschwerden der Arbeiterinnen in bestimmten Lebensperioden, wie: Periode der Pubertät, der Menstruation, der Schwangerschaft, der Eheperiode, der Niederkunftsperiode, der Stillperiode als Mutter, der Mutterschaft in der Zeit des schulpflichtigen Alters der Kinder, der Mutterschaft in der Zeit des jugendlichen Alters der Kinder bis zu deren Verheiratung.

5. Feststellung der Beschwerden der Arbeiterinnen während der Ehe- und Mutterschaftsperiode infolge ehelicher und sozialer Benachteiligung des Mannes und dessen vielfach vorhandenen Mangels an Einsicht in die Sonderheiten des weiblichen Innenlebens.

6. Feststellung der physischen, seelischen und sozialen Beschwerden der älteren unverheirateten Arbeiterinnen in bestimmten Lebensperioden.

7. Bewertung der unter 1-6 gewonnenen Ergebnisse zu geschlechtlichen und sonstigen sozialen Anregungen und zu Mitteln der Propaganda intensiver Frauenbetätigung.

8. Veranstaltung bildender und unterhaltender Vorträge und Vortragsstunde aller Art.

9. Beschäftigung mit Fragen des Arbeiterinnenschutzes, einschließlich des Schutzes der Heimarbeiterinnen, des Mutter- und Wöchnerinnenschutzes, des Wohlfahrtswesens, des Schlichtungswesens, der Rechtsfrage durch Schöffen und Geschworene, der Kommunalpolitik, der Arbeiterstatistik.

10. Arbeiten, welche die Erhebungen und Umfragen des Sekretariats für Textilarbeiterinnen nötig machen.

11. Vorschläge geeigneter Kandidatinnen für Betriebsratswahlen, Wahlen für sozialpolitische Körperschaften, Wahlen für Gewerbegerichte, Wahlen für die Ortsverwaltungen und Wahlen für Gaukonferenzen und Generalversammlungen.

12. Ermunterung befähigter Arbeiterinnen, sich um ausgeschriebene Stellen im Verwaltungsdienst der Kommunen oder des Staates (Gewerbeaufsicht, Arbeitsvermittlung usw.) und des Verbandes zu bewerben.

§ 5.

Die Zusammenkünfte der Arbeiterinnenkommissionen resp. der Arbeiterinnengruppen regeln sich nach dem örtlichen Bedürfnis. Sie sollen jedoch, wenn irgend möglich, mindestens allmonatlich einmal stattfinden.

§ 6.

Die Vorsitzende der Arbeiterinnenkommission oder der Arbeiterinnengruppe nimmt mit beratender Stimme an der Sitzung der Ortsverwaltung teil.

§ 7.

Es soll für alle Gauen, oder für mehrere Gawe zusammengekommen, je ein „Gauausschuß“ für Textilarbeiterinnen gebildet werden. Der Gauausschuß wird gewählt von der Arbeiterinnenkonferenz des Gaves, welche sich aus weiblichen Delegierten der Filialen zusammensetzt. Die Konferenz des Gaves wird vom Gauvorstand im Einverständnis mit dem Zentralvorstand einberufen. Sie wählt sich eine aus Arbeiterinnen bestehende Leitungs- und Ausschussmitglieder der Filialverwaltung können im besonderen Auftrag der Ortsverwaltung mit beratender Stimme an der Konferenz teilnehmen, desgl. männliche Vertreter des Zentralvorstandes und der Gauleitung. Der Zentralvorstand hat das absolute Vetorecht.

Die Vorsitzende des Gauausschusses für Arbeiterinnenfragen nimmt an den Sitzungen des Gauvorstandes mit beratender Stimme teil. Ist der Wohnsitz der Vorsitzenden des „Gauausschusses“ für Arbeiterinnenfragen nicht identisch mit dem Sitz des Gauvorstandes, so kann die Teilnahme an den Sitzungen beschränkt werden auf diejenigen, welche sich mit speziellen Arbeiterinnenfragen beschäftigen.

Ist ein „Gauausschuß“ für Arbeiterinnenfragen für mehrere Gawe zusammen gebildet, so beschränkt sich das Recht der Teilnahme an den Sitzungen für die Vorsitzende auf den Gauvorstand, in dessen Bezirk sie ihren Wohnsitz hat. In diesem Falle soll der Gauvorstand des Bezirks, an dessen Sitzungen die Vorsitzende des „Gauausschusses“ für Arbeiterinnenfragen nicht teilnehmen kann, durch briefliche Mitteilungen für ständige Informationen sorgen.

§ 8.

Der „Gauausschuß“ für Arbeiterinnenfragen soll in möglichst kurzen Zwischenräumen, mindestens aber allvierteljährlich einmal, zu einer Sitzung zusammentreten. Die Einberufung erfolgt durch die Vorsitzende im Benehmen mit dem Gauvorstand.

§ 9.

Der „Gauausschuß“ für Arbeiterinnenfragen hat die Aufgabe, die in den einzelnen Filialen des Verbandsgebietes bestehenden Arbeiterinnenkommissionen oder Arbeiterinnengruppen zu einheitlicher Tätigkeit zusammenzufassen, durch Unterhaltung ständiger Korre-

spondenz und auf andere Weise die Arbeiterinnenkommissionen und Arbeiterinnengruppen der Filialen zur Erfüllung der im § 3 der Richtlinien festgelegten Aufgaben anzuregen und anzuspornen und die Verbindung mit dem vom Vorstand eingerichteten „Zentralsekretariat für Textilarbeiterinnenfragen“ herzustellen. Die Arbeiten des „Gauausschusses“ für Arbeiterinnenfragen sollen verrichtet werden im Benehmen mit dem Gauvorstand. Dem Gauvorstand steht das Recht des Einspruchs nur zu, wenn wichtige Gründe das erfordern. Im Falle eines Einspruchs entscheidet der Zentralvorstand.

§ 10.

In jedem Gau besteht innerhalb der Gauverwaltung ein besonderes Ressort für Textilarbeiterinnenfragen, mit dessen Leitung ein Mitglied der Gauverwaltung besonders beauftragt ist. Ist hierzu ein weibliches Mitglied der Gauverwaltung bestimmt, so kann diesem gleichzeitig das Amt des Vorsitzenden des „Gauausschusses“ für Arbeiterinnenfragen übertragen werden. Das Mitglied der Gauverwaltung, welchem die Leitung des Ressorts für Textilarbeiterinnenfragen übertragen ist, hat an allen Sitzungen des „Gauausschusses“ für Arbeiterinnenfragen teilzunehmen.

§ 11.

Die „Arbeiterinnenkonferenz des Gaves“ soll von Zeit zu Zeit, mindestens aber jährlich einmal, zusammentreten. Alle Filialen haben das Recht der Delegation. Die Tagesordnung wird erstmalig vom Zentralvorstand, im Wiederholungsfalle von dem „Gauausschuß“ für Arbeiterinnenfragen im Benehmen mit Gauvorstand und dem beim Vorstand errichteten „Zentralsekretariat für Textilarbeiterinnen“ festgelegt.

Eine „Reichskonferenz der Textilarbeiterinnen“ soll innerhalb zweier Jahre mindestens einmal die „Gauausschüsse“ für Textilarbeiterinnenfragen zu gemeinsamer Beratung zusammenrufen. Sie wird einberufen vom „Zentralsekretariat für Textilarbeiterinnen“ im Einverständnis mit dem Hauptvorstand. Die Tagesordnung wird vom „Zentralsekretariat für Textilarbeiterinnen“ im Einverständnis mit dem Hauptvorstand, nach vorhergegangener Befragung der „Gauausschüsse“ für Textilarbeiterinnenfragen festgelegt.

### Protest des Deutschen Textilarbeiterverbandes gegen den Beschluß der Reichsregierung, im Monat März keine Lohnerhöhung zuzulassen.

Der Vorstand des Deutschen Textilarbeiterverbandes hat folgendes Protestschreiben an den Reichskanzler gesandt:

Berlin, den 7. März 1923.

An den Herrn Reichskanzler Dr. Cuno

Berlin W. 8.

Wilhelmstraße 77.

Sehr geehrter Herr Kanzler!

Am gestrigen Tage, den 6. März, tagte im Reichsarbeitsministerium ein von diesem Ministerium auf Antrag der Parteien eingeleitetes Schiedsgericht. Das Schiedsgericht hatte die Aufgabe, die Löhne der Textilarbeiter für den Niederrheinischen Bezirk durch einen Schiedsspruch für den Monat März festzusetzen. Den Vorsitz führte Herr Regierungsrat Dieb. In den Beratungen des Gerichts erklärte Herr Regierungsrat Dieb, es seien von der Regierung Richtlinien beschlossen worden, durch welche dem Arbeitsministerium die Weisung erteilt werde, für den Monat März Lohnerhöhungen nicht zuzulassen resp. nicht zu befürworten. Auf dem Warenmarkt finde ein Preisabbau statt und die Stützungsaktion der Markt, welche von der Regierung eingeleitet sei, werde durch Lohnerhöhungen gestört. Auch politische Gründe sprächen gegen Lohnerhöhungen. Lohnerhöhungen würden zu Preissteigerungen der Waren führen. Zulässig sei nur eine gewisse Angleichung besonders niedriger Lohnsätze innerhalb eines Bezirkes oder einer Branche an die im Bezirk oder in der Branche allgemein üblichen Beträge.

Der unterzeichnete Vorstand erhebt gegen diese Entschließung der Regierung den energischsten Protest und ersucht um sofortige Aufhebung derselben. Der Stundenlohn der Textilarbeiter im Bezirk Niederrhein mit seinen vielen zehntausenden Textilarbeitern beträgt jetzt an der Spitze ca. 800 Mk. für Männer. Er ist niedriger für Arbeiterinnen und noch niedriger für jugendliche Personen. Für die letzteren sinkt er bis auf 300 Mk. Es erhellt ohne weiteres, daß mit diesen Löhnen heute nur unter den größten Entbehrungen ein Auskommen möglich ist. Zum Vergleich seien die Stundenlöhne einiger Konkurrenzbezirke angegeben. Der Stundenlohn betrug im Februar

in Neumünster . . . . .	1224 Mk.
in Euskirchen . . . . .	1380 "
in Aachen . . . . .	1699 "
in Ostfriesland . . . . .	1126 "
in Thüringen . . . . .	1165 "
in Grimmitzschau-Werdau . . . . .	1180 "

Der Reallohn der Arbeiter ist in geradezu entsetzlicher Weise zurückgegangen. Dabei steigen die Preise aller Artikel im Kleinhandel noch fortgesetzt, besonders die Preise für Textilwaren. Sogar im Großhandel gehen die Preise in Textilwaren noch in die Höhe. Am 22. Februar 1923 konnte die „Frankfurter Zeitung“ noch mit Recht schreiben:

„Wie langsam sich der Dollarrückgang in den Textilpreisen auswirkt, geht daraus hervor, daß eintheilende die Bekleidungsindustrie ihre Preise noch weiter erhöht. So hat, wie die „Deutsche Konfektion“ mitteilt, der Verein Deutscher Wirkerinnen infolge der Lohnerhöhung beschlossen, auf die im Januar 1923 getätigten Aufträge bei ihrer Auslieferung im Februar einen Preiszuschlag von 50 Proz. zu erheben.“

Die Arbeiterschaft wird es als unbegreiflich finden, wie in der Sehzelt, angesichts des großen Kampfes, welchen die Arbeitnehmer im Ruhrgebiet gegen einen fremden Eindringling führen, die Reichsregierung mit Weisungen kommen kann, die wie eine Ausnahmeregel gegen die Arbeiter wirken müssen. Der unterzeichnete Vorstand protestiert dagegen, daß die sogenannte Stützung der Markt wiederum lediglich auf Kosten der Arbeiterschaft durchgeführt werden soll. In den Sitzungen der Spitzenorganisationen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber, welche bei Beginn der Ruhraktion stattfanden, erklärten die Unternehmer es als selbstverständlich, daß Streiks jetzt vermieden und die Löhne der Steigerung der Warenpreise angepaßt werden müßten. Wenn die Unternehmer jetzt Lohnerhöhungen ablehnen, dann ist das zweifellos zurückzuführen auf die gegen die gesamte Arbeiterklasse gerichtete Weisung der Reichsregierung. Der unterzeichnete Vorstand ersucht deshalb, diese sogenannten Richtlinien der Reichsregierung unverzüglich wieder zu beseitigen.

Mit aller Hochachtung!

Der Vorstand des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes, gez. Hermann Jäckel.

### An die deutschen Arbeiter und Angestellten.

Im Ruhrgebiet häufen sich die Greuel. Gewalttat gegen die schutzlose Bevölkerung folgt auf Gewalttat.

So verwerflich das Vorgehen der Franzosen und Belgier ist, so mißverfänglich ist das Verhalten der Arbeitnehmerchaft des Ruhrgebietes. Versprechungen und Schmeicheleien haben sie ebensowenig davon abbringen können, ihre Pflicht gegenüber dem deutschen Volke zu tun, wie die dann folgenden Drangsale, Verfolgungen und jetzt sogar Lebensbedrohungen. Den wackeren Gewerkschaftskämpfern an der Ruhr und am Rhein gebührt unser Dank und unsere Anerkennung.

Aber mit Worten allein ist ihnen nicht gebietet. Sie bedürfen auch der materiellen Unterstützung. Es ist daher heilige Pflicht der deutschen Arbeiter und Angestellten, ihre Brüder in den besetzten Gebieten nicht im Stich zu lassen. Es wäre das beschämendste Schauspiel, das der Welt geboten werden könnte, wenn die deutschen Ruhrkämpfer sich dem Joch der französischen Unterdrücker beugen müßten, weil sie von den deutschen Arbeitern und Angestellten, für die sie doch mitkämpfen, im Stich gelassen wurden. So darf es nicht kommen!

Die Vorstände des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Allgemeinen freien Angestelltenbundes wenden sich deshalb hiermit erneut an die Arbeiter und Angestellten Deutschlands mit dem dringenden Ersuchen, in ihrem Sammeleifer nicht zu erlahmen.

Bedauerlicherweise muß festgestellt werden, daß der vom Ausschuß des ADGB. fast einstimmig gefasste Beschluß, einen Stundenverdienst für die Ruhrhilfe zu opfern, nicht gleichmäßig durchgeführt wird. Von verschiedenen Seiten ist Verwirrung in die Reihen der Gewerkschaftsmitglieder hineingetragen worden.

Vorstand und Ausschuß des ADGB. und der Vorstand des AfA-Bundes halten aber an diesem Beschluß fest und bringen ihn erneut in Erinnerung mit dem Hinweis, daß alle gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Angestellten sich verpflichtet fühlen müssen, ihn in brüderlicher Treue durchzuführen.

Gegen ihn wird ins Feld geführt, daß die Gelder in eine Kasse fließen, in die auch die Unternehmer zahlen — obwohl sie paritätisch von den Unternehmern und den Gewerkschaften verwaltet wird.

Diese Gleichberechtigung bei allen Entscheidungen über die Verwendung der „Ruhrhilfe“ haben wir durchgesetzt, obwohl die Arbeitgeber vier Fünftel der Mittel aufbringen müssen, während auf die Arbeiter und Angestellten nur ein Fünftel entfällt. Warum sollten die Gewerkschaften es ablehnen, über die Verwendung der Unternehmerbeiträge mitzureden und mitzubestimmen?

Es war die selbstverständliche Pflicht der Besizenden, den Löwenanteil der erforderlichen Kampfmittel aufzubringen. Sollten wir etwa die Arbeitgeber von dieser Pflicht entbinden? Oder sollen vielleicht die notleidenden Ruhrkämpfer die Annahme der Unterstützung, die aus den Taschen der Arbeitgeber fließt, verweigern? Wären die Arbeiter und Angestellten bereit und in der Lage gewesen, die Riesensummen, die erforderlich sind, allein aufzubringen? Und bringt es nicht große Vorteile, daß die gesamten Mittel für die Unterstützung des Ruhrkampfes an einer Stelle zusammenfließen, statt in vielen getrennten Kanälen auseinanderzulaufen? Lieben nicht gerade die deutschen Arbeitnehmer auf allen Gebieten die planvolle Organisation? Und ist nicht ganz besonders in diesem schweren Abwehrkampf die Zusammenfassung der Abwehrmittel zwingendes Gebot überlegter Kampfaktive?

Ernsthaft läßt sich gegen diese Sammlung und gegen die Art der Verwaltung überhaupt nichts anführen. Alles das, was behauptet wird über Verstoffe gegen die Richtlinien und Grundzüge der Arbeiterbewegung, ist nur leeres Gerede. Der Kampf der Ruhrarbeiter steht beispiellos in der Geschichte der Arbeiterbewegung da. Ähnliches hat sich nirgends abgespielt. Deshalb sind Vergleiche mit der bisherigen Praxis bei Sammlungen für Kämpfe überhaupt nicht möglich.

Es handelt sich nicht um einen der Klassenkämpfe, wie sie sich aus dem Gegensatz zwischen Arbeit und Kapital ganz von selbst ergeben, sondern um einen Kampf vergewaltigter Deutsche gegen einen ausländischen Unterdrücker. Und so selbstverständlich es ist, daß die der Unterstützung bedürftigen Ruhrarbeiter und -angestellten die Unterstützung annehmen, auch wenn sie in der Hauptsache aus den Mitteln der Unternehmer stammt, so selbstverständlich ist, daß die übrigen Arbeiter ihre Gelder in die gemeinsame Kasse fließen lassen, sofern Gewähr gegeben ist, daß sie ihrem Willen entsprechend verwendet werden. Diese Gewähr ist gegeben durch die gleichberechtigte Mitwirkung der Gewerkschaften in der Verwaltung.

Gewerkschaftsmitglieder! Eure Stärke beruhte bisher im wesentlichen auf der Disziplin, die ihr selbst in den schlimmsten Lagen zu halten euch für verpflichtet hieltet. Wer daran geht, an dieser Disziplin zu rütteln, untergräbt die Grundlagen eurer Macht. In allem, was die Arbeiter und Angestellten unternehmen, müssen sie einig sein. Hütet euch vor den Anfängen des Disziplinbruchs! Die Folgen könnten schlimm und unheilvoll sein.

Auch wer bei der Meinung verharren will, daß die Bundesbeschlüsse in diesem Falle falsch waren, muß jetzt seine Bedenken zurückstellen. Er muß es aus Liebe zu den notleidenden Arbeitsbrüdern an der Ruhr, am Rhein und in allen anderen besetzten Gebieten. Er muß es aus Achtung vor der stets hochgehaltenen Arbeiterdemokratie, aus Achtung vor der heute mehr als je notwendigen Einigkeit und Disziplin in unseren Gewerkschaften.

Viele Arbeitgeber versuchen, unter Hinweis auf die unserer Aufforderung zuwiderlaufenden Sonderfassungen von Arbeitnehmern, den auf sie entfallenden vierfachen Beitrag an die „Ruhrhilfe“ zurückzubehalten. Die Nichtbefolgung unserer Bundesbeschlüsse bedeutet also praktisch, daß den kämpfenden Brüdern an der Ruhr enorme Summen aus Arbeitgeberkreisen verloren gehen würden. Das darf nicht sein! Wir ersuchen daher die Vertrauensleute der Gewerkschaften in allen Betrieben, insbesondere die Betriebsräte, darauf zu sehen, daß neben dem Ruhrpropp der Angestellten und Arbeiter auch der vom Arbeitgeber zu leistende Betrag ungefäulmt an die „Ruhrhilfe“ (Giro-Konto der Reichsbank in Berlin, Niederwallstraße, oder Konto Nr. 57 200 beim Postsparkamt Berlin) überwiesen wird.

Kein Arbeiter, kein Angestellter, aber auch kein Arbeitgeber darf sich dieser von ihren Verbänden beschlossenen Beitragsleistung entziehen.

Berlin, den 2. März 1923.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund:

Th. Leipart.

Allgemeiner freier Angestelltenbund:

Stähr, Süß.

### Die Arbeitslosigkeit steigt.

Nach den amtlichen Erhebungen des Reichsarbeitsamtes ist die Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit im Januar 1923 weiter angewachsen. An der Arbeitslosenstatistik für Arbeiterfachverbände haben sich 28 Verbände mit 5,8 Millionen am Stichtage durch den Bericht er-

fafter Mitglieder an der Berichterstattung beteiligt. Von 5,8 Millionen Mitgliedern waren 252 873 (im Vormonat 182 955) arbeitslos; das entspricht, auf je 100 der Mitglieder berechnet, einem Satz von 4,4 (im Vormonat 2,8) v. H.

Auch die Kurzarbeitsstatistik ergibt für den Januar ein starkes Ansteigen der Arbeitszeitverkürzungen. Von 5 Millionen durch die Berichterstattung erfassten Mitgliedern arbeiteten 651 244 verkürzt. Das ergibt auf hundert 13 Kurzarbeiter (im Vormonat 8,7 v. H.).

Die höchsten Ziffern ergaben sich in den Verbänden der Tabak- und Leder verarbeitenden Industrien und in der Textilindustrie.

### Ausstellung 'Nadel und Schere'

Ein Gang durch die Ausstellung, die vom 28. Februar bis zum 2. März in Berlin gezeigt wurde, führte den Besuchern alles vor Augen, was gebraucht wird, um ein modernes Kleidungsstück herzustellen. Vom einfachsten Nähfaden und vom kleinsten Knopf bis zu dem vollendetsten Anzugstoff war alles zu sehen, was heute zu einem Kleidungsstück gehört. Dadurch bot die Ausstellung ein recht mannigfaltiges und anschauliches Bild. Die Erzeugnisse der deutschen Nähmaschinenindustrie verdienen besondere Beachtung. Eine Anzahl von Kürschnerlehrlingen hergestellter Pelze, Decken und Kissen, die zum größten Teil gut und sauber gearbeitet waren, erweckten allgemeines Bewundern. Zur Vervollkommnung des Ganzen hatten bekannte Nähmaschinenfirmen Musterwerke deutscher Feinmechanik ausgestellt. Alles in allem: die Ausstellung zeugte von einem guten Teil deutscher Arbeit und deutschen Fleißes.

M. Dr.

### Warnung!

Der Streik der Strumpfwirker in Fort Wayne dauert un- verändert fort. Kein deutscher Strumpfwirker darf als Streikbrecher nach Fort Wayne (Nordamerika) gehen. — So schreiben wir in Nr. 2 dieses Jahrgangs. Wir knüpfen daran die Bemerkung, daß der Streik allerdings für Streikbrecher nicht mehr fort dauert, wie ein gewisser St. aus Gröna i. Sa. beweist, der dort in Arbeit sei. Wie uns nun von glaubwürdiger Seite mitgeteilt wird, ist der Betreffende dort gar nicht als Wirker tätig, sondern als gelernter Nadelrichter als Monteur bei Aufstellung von Maschinen tätig. Diese Tätigkeit sei ihm und anderen von der den Streik führenden Knitterorgani- sation und von den Streitenden selber zugelassen worden. Es liegt uns auch ein Schreiben von der Friendship Lodge, Nr. 70 (Inter- national Association of Machinists) in Fort Wayne vor, nach dem der Betreffende Mitglied des Deutschen Metallarbeiterverbandes war und als solcher zu der International Association of Machinists of Amerika übergetreten ist. St. kommt also als Streikbrecher nicht in Frage, was wir hierdurch gern feststellen.

### Wirtschaftliches.

#### Die Leipziger Textilmesse

hat nicht die Erwartungen erfüllt, die man in den Handels- und Industriekreisen hegte. Sie endete mit einem Mißerfolg.

Dem „Berliner Tageblatt“ wird hierzu aus Textilsachtreisen geschrieben:

Preisabbau ist das Schlagwort des Tages, und jeder der Tausen- den von Einkäufern auf der Leipziger Messe suchte erwartungsvoll beim Durchstreifen der Messehäuser festzustellen, ob und in welchem Umfang der von Publikum und Regierung verlangte, vom Einzel- handel notgedrungen begonnene Abbau der Preise seine Stütze und innere Berechtigung in einer entsprechenden Preisgestaltung im Großhandel und in Industrie finden würde. Diese Erwartungen sind zum großen Teil nicht erfüllt worden; der Einzel- handel fand, daß er seinen Lagerbestand im Verhältnis zu den Preisen der ihm auf der Messe angebotenen Ware viel zu billig ans Publikum verkauft hatte, und er sah sich im allgemeinen einem noch überaus hohen Preisstand gegenüber, so daß er sich meist nicht ent- schließen konnte, größere, über die Deckung des nötigsten Bedarfs hinausgehende Käufe zu machen aus Befürchtung, daß die Verbraucher die neuen weit über dem heutigen Detailverkaufspreis liegenden Preise nicht würden anlegen können.

Es kam hinzu, daß die finanziellen Mittel der meisten Abnehmer ohnehin keine großen Einkäufe zulassen, da der Geschäftsgang im Einzelhandel in der letzten Zeit fast überall sehr schlecht war, ledig- lich diejenigen Großhändler und Fabrikanten, die greifbare Lagerware zu festen Preisen anzubieten in der Lage waren, vermochten befriedi- gende Umsätze zu erzielen. Dagegen wurden Angebote mit freibleibenden bzw. kurzgescherten Preisen oder auf der Grundlage einer ausständigen Währung wegen der schlechten Erfahrungen, die die Abnehmer mit diesen Salutakäufen gemacht hat, allgemein ab- gelehnt. So herrschte auf der Textilmesse anfangs eine weit- gehende Zurückhaltung; die zahlreichen Besucher benutzten die Gelegenheit, um sich über die Preislage zu informieren. Die aus den besetzten Gebieten erschienenen Einkäufer — mancher hatte wegen der unsicheren Lage die Reise überhaupt aufgeben müssen — zwangen die schwierigen, unübersichtlichen Verhältnisse, insbesondere die zunehmende Verkehrsnot, zu äußerster Vorsicht in den Dispositio- nen. Diese Firmen suchten ihren Bedarf möglichst bei Ausstellern, die ihre Niederlassungen in den besetzten Gebieten haben, zu decken. Im übrigen aber war man der Ansicht, daß die Zeit für umfang- reichere Dispositionen noch nicht gekommen wäre, sondern daß man angesichts der zu erwartenden anhaltenden Stabilität der Devisen- kurse abwarten möchte, wie sich diese Lagen weiterhin auswirken würden. Im allgemeinen läßt sich feststellen, daß der Preisabbau bei Fertigwaren vom Einzelhandel schon fast überall vorgenommen worden ist, und zwar, wie der sächsische Wirtschaftsminister Fellisch auf der Deutschen Leinen- und Wäschechau in Dresden unmittelbar vor der Leipziger Messe erwähnte, für Wäsche beispielsweise in Höhe von 30 bis 45 Proz. unter den Höchstpreisen, daß dagegen Groß- handel und Industrie diesem Beispiele nur vereinzelt folgen. Sehr beachtet wurde die Preisfestlegung einer bedeutenden westdeutschen Leinenweberei, die auf der Dresdener Leinen- und Wäschechau mit 20 Proz. Rabatt auf ihre Listenpreise verkaufte.

Die Abnehmer warten einweilen ab, ob die vor- herrschende Zurückhaltung die Lieferer veranlassen wird, ihre Waren zu ermäßigten Preisen anzubieten, wenn der Geldbedarf infolge mangelnden Umsatzes zunimmt. Eine andere Möglichkeit eines dauernden, auf der natürlichen Verfassung des Marktes beruhenden Preisabbaus von der Seite der Produktion her ist überhaupt nicht vorhanden.

#### Zur Lage der Textilindustrie im Wuppertalcr Bezirk

wird der „Frankfurter Zeitung“ aus Barmen unterm 2. März fol- gendes geschrieben:

„Während die rheinische Textilindustrie im besetzten Gebiet durch den 10prozentigen Wertzoll und die 30prozentige Devisenabwertung beim Export fast vollkommen und unbesetzten Deutschland und vom Ausland abgegrenzt und so zum Erliegen gebracht worden ist, geht es der Textilindustrie im nicht besetzten Wuppertale darum nicht besser. Zwar ist die Kohlenenergie für die meisten großen Werke noch erträglich, aber dafür liegt die Rohstoffversorgung aus dem Ausland um so mehr im argen. Neben diesem Rohstoffmangel ist es der mit den steigenden Löhnen immer schärfer in die Erscheinung tretende Mangel an Betriebsmitteln, der weitestens die meisten kleineren und mittleren Firmen zu Betriebsengpässen und Arbeiterentlassungen zwingt. Die Arbeitslosigkeit unter den Textil- arbeitern wächst zusehends.“

Die Eiberfelder Hofaue ist vollgepfropft mit Waren, deren Ab- fuhr infolge der Verkehrserschwerungen nicht möglich ist, so daß der Großhandel auf seinen Vorräten sitzen bleiben muß. Zudem zeigt sich, daß der Einzelhandel längst nicht mehr so aufnahmefähig ist wie noch vor kurzem. Da er zögert, seine Preise dem jetzigen Dollarstand oder auch nur dem Weltmarktniveau anzupassen, zeigt sich die von früher bekannte passive Resistenz des taufenden Publi- kums. In der Manufakturwaren-Branche hält sich die Kundenschaft scharf zurück, so daß auf der einen Seite Auftragsmangel herrscht, während auf der anderen Seite infolge der schwierigen Material- beschaffung wenig Verkaufslust besteht. Vom Großhandel sind in den letzten Tagen stellenweise recht erhebliche Preisherabsetzungen erfolgt. Wenn hier teilweise von den Fabriken noch voll gearbeitet wird, so handelt es sich fast stets um die Abwicklung noch laufender Verträge. Auch im Großhandel ist das Bild äußerlich noch das reger Betriebes, aber nur äußerlich, denn die Kunden er- scheinen meist nur, um sich zu orientieren und ziehen nach. Hören der Preise oft ohne Auftragserteilung ab. Die Ausmusterungen sind der Zeit entsprechend reichhaltig. In der Konfektion wird der reguläre Geschäftsgang durch immer noch nicht ganz beigelegte Streitigkeiten über die Zahlungsbedingungen zwischen Produzenten und Abnehmern gestört. Im großen und ganzen ist hier das Bild sehr uneinheitlich, teilweise wird mit Einschränkung gearbeitet, teil- weise sind die Betriebe gut oder befriedigend beschäftigt. Letzteres trifft besonders auf die Damenkonfektion zu, die viel besser beschäftigt ist als die Herrenkonfektion. Die Barmer Bänder-, Ligen- und Spitzenindustrie ist durch den Dollarkurs zum größten Teil auf dem Weltmarkt nicht mehr konkurrenzfähig. Das trifft sie um so schwerer, da sie fast ausschließlich auf den Export angewiesen ist. Eine Rolle spielen hier auch die Verkehrsschwierigkeiten und die zunehmende Frachtpreiserhöhung. Ein Ausweg wäre in der Qualitätsverbesserung zu finden. In Barmer Textiltreffen wird daher schon seit längerer Zeit an der Verbilligung der Produktions- kosten zugunsten der Qualitätssure gearbeitet. Eine Möglichkeit, Ersparnisse zu erzielen, liegt in der Verfeinerung der maschinen- gekloppten Spitzen. Einer bekannten Barmer Firma ist es ge- lungen, an ihren Maschinen eine Neuerung einzuführen, die eine große Ersparnis an Rohmaterial vorsieht. Bänder werden in allen Breiten und Farben hergestellt, wovon mittlere Qualitäten am meisten gefragt sind. Ein- und zweifarbige Spitzen in allen Farben, wovon Weiß und Schwarz die bessere Nachfrage hatten, gehen einigermäßen.

In Wäschebefeh ist die Ausmusterung recht phantasievoll, die ge- schmackvollsten Muster findet man beim Besuch von Damenwäsche, der zufriedenstellend abgeht. Ligen, Soutache und Schnürriemen waren gegenüber der letzten Zeit vernachlässigt.

### Gesundheitswesen.

#### Die epidemischen Krankheiten

im Deutschen Reich und in anderen europäischen Ländern im ver- gangenen Jahre werden in einem ausführlichen Artikel in der vom Statistischen Reichsamt herausgegebenen „Wirtschaft und Statistik“ (Heft 3/4 vom 20. Februar) behandelt. In Deutschland sind an an- zeigepflichtigen gemeingefährlichen Krankheiten in den letzten zwanzig Jahren nur Pocken und Fleckfieber vorgekommen, über deren Häufigkeit im Jahre 1922 gegenüber 1921 folgende Zahlen genannt werden:

	Im Jahre 1921	Im Jahre 1922	Unterschied
Fälle an Pocken . . . . .	698	215	— 473
„ „ Fleckfieber . . . . .	533	886	— 147

Der Rückgang der Pockenfälle wird zum Teil darauf zurück- geführt, daß der an Polen abgetretene Teil Oberschlesiens mit seiner hohen Erkrankungsrate besonders in Posen in Wegfall ge- kommen ist.

Interessant ist eine Zusammenstellung über Erkrankungen der Zivilbevölkerung in den beiden letzten Jahren, soweit angezei- gte epidemische Krankheiten in Betracht kommen. Es wird hierüber die folgende Tabelle aufgemacht:

Anzeigepflichtige Krankheiten	Zahl der gemeldeten Krankheitsfälle		Mehr oder weniger
	1921	1922	
Diphtherie . . . . .	63 018	87 949	weniger 25 069
Scharlach . . . . .	48 281	32 448	„ 15 833
Mehr . . . . .	31 624	5 036	„ 26 588
Erysipel . . . . .	18 808	10 993	„ 7 815
Kindbettfieber . . . . .	8 006	6 422	„ 1 584
Trachom (ägypt. Augenkrankheit) . . . . .	1 887	1 522	„ 365
Genickstarre . . . . .	696	1 622	mehr 926
Milzbrand . . . . .	80	125	„ 45
Rückfallfieber . . . . .	53	81	weniger 22
Tollwut . . . . .	43	72	mehr 29
Trichinose . . . . .	16	108	„ 92
Rotzkrankheit . . . . .	7	2	weniger 5

### Berichte aus Fachreisen.

**Kirchheim-Teck.** (Verbandsjubiläum). Am 5. März 1923 ist Julius Schwarz 25 Jahre Mitglied der freien Gewerkschaften. Das Proletariatsgeschick hat ihm nichts geschenkt. Möchte es noch recht viele geben, die so wie unser Jubilar der Feinde die Treue bewahren, zum Heil unserer guten Sache, zum Wohl der sozia- listischen Arbeiterbewegung.

**Löbau.** Zwei tüchtige Kämpfer hat der Tod aus unseren Reihen gerissen: Am 26. Februar dieses Jahres die Kollegin Hille, im Alter von 35 Jahren, und am 28. Februar den Kollegen Wilhelm Klement, im Alter von 63 Jahren. Zwei, die die harte Schule des Proletariats durchgemacht haben, die sich aber gern und freudig in den Dienst der Organisation stellten und so für den Zusammen- schluß aller Textilarbeiter wirkten. Besonders letzterer, welcher unter dem Sozialistengefäß als junger, vorwärtstürender Kämpfer schon zu finden war, der die schweren und verantwortungsvollen Kämpfe in der Arbeiterbewegung kennenlernte, der auch in den Stürmen der jetzigen Zeit mit in vorderster Reihe stand, bis ihn kein altes Leiden auf das Krankenlager zwang. So sind beide von uns ge- gangen. Aber eins haben sie hinterlassen: ein gutes Andenken, was wir ihnen hiermit versichern, und das ist der beste Gedenkstein. So rufen wir euch nochmals den „letzten Gruß“ und ein „Habe Dank“ in eure Ruhestätte nach. Die Filiale Löbau (Sa.).

**Zeitz.** Auf ein 25jähriges Bestehen kann unsere Filiale am 19. März d. J. zurückblicken. Das Bedürfnis nach Organisation war schon bei einem Teil der in den Textilbetrieben Beschäftigten, besonders der Zugewanderten, lange vor der Gründung vorhanden. Da jedoch die Textilindustrie hier am Orte nur schwach vertreten war, konnte dieses Bedürfnis nicht befriedigt werden. Erst nach- dem der Zentralvorstand mit der hiesigen Kartelleitung in Verbin- dung getreten war und das zweckentsprechende Material zur Ver- fügung gestellt hatte, war es möglich, die Filiale ins Leben zu rufen. Die am 19. März 1898 unter Beisein des Kartellvorstehenden, Kollegen August Gehhart, neugegründete Filiale bestand aus 15 männlichen Mitgliedern, die zum größten Teil bei der Fa. Gentsch beschäftigt waren. Der Vorstand setzte sich zusammen aus den Kollegen Kemmann als Vorsitzenden, Roselle als Kassierer und Herm. Behold als Schriftführer. Der regen Tätigkeit der Kollegen gelang es, die Mitgliederzahl im Verlaufe der Jahre ganz erheblich zu steigern. Aus 15 wurden 50. Der größte Teil waren männliche

Kollegen. Die weiblichen Kollegen, besonders die jungen, waren bis zurzeit und während des Weltkrieges nur sehr schwer für die Organisation zu gewinnen. Erst nach dem Kriege wurde auch diesen Arbeitslosen die Notwendigkeit der Organisation durch die Macht der Verhältnisse klar gemacht. Am Schluß des letzten Jahres hatten wir einen Mitgliederbestand von 147 zu verzeichnen. Diese neugewonnenen Mitglieder zu wahren Klassenkämpfern zu machen, muß jetzt unsere Aufgabe sein. — Von den alten Gründern sind nur noch 3 in unserer Mitte, es sind dies die Kollegen Herrn. Behold, August Schütter und Wilhelm Kofelle. Alle drei stehen noch heute treu zur Organisation. Besonders ist es der Kollege Wilhelm Kofelle, der uns ein Beispiel aufopfernder Treue, nicht nur in der Gewerkschafts-, sondern in der Arbeiterbewegung überhaupt, ge- geben hat. Neben seiner ehrenamtlichen Tätigkeit in der Genossen- schaftsbewegung und als Bibliothekar hat er volle 24 Jahre das Amt des Kassierers zur vollen Zufriedenheit aller Mitglieder in un- sere Filiale bekleidet. Erst als sich die Erscheinungen des fort- schreitenden Alters allzusehr bemerkbar machten, hat er seine Fun- tionen von jüngeren Kollegen übernehmen lassen. — An uns ist es nun, das, was durch die selbstlose Tätigkeit der alten Kollegen auf- gekaut wurde, in ihrem Sinne weiterzuführen. Notwendig ist, daß das Interesse, besonders bei den Jugendlichen, für die Organisation ein größeres wird. Nur wenn wir alle an der Bewältigung der gewerkschaftlichen Aufgaben teilnehmen, werden wir vorwärts- kommen.

### Literatur.

**Der Wanderer.** Von Friedrich Seiffert. Verlag: J. H. W. Dietz Nachf., Berlin. Grundzahl 0,60 Mt.

**Jugendgeschichten einer Arbeiterin.** Von Adelheid Popp. Verlag: J. H. W. Dietz Nachf., Berlin-Stuttgart. Grundzahl 1 Mt.

**„Der Politische Almanach“** für das Jahr 1923. Grundpreis des Buches ist 4,50 Mt., Schlüsselzahl zurzeit 2000. An Gewerkschaftler 25 Proz. Rabatt, bei Abnahme von 10 Exemplaren 33 1/2 Proz. Der Politische Almanach gibt schnell Auskunft über jede Adresse, jedes Amt, jede öffentliche Stelle, wie man sie täglich erreichen muß. Er ist darum ein großer Helfer bei der praktischen Arbeit. Aber darüber hinaus belehrt der Almanach über alle Gebiete der Wirtschaft, der Politik, der Bevölkerungsstatistik, der Lohnbewegung, der Verwal- tung des Reiches, der Länder und Provinzen. Verlag: Verlags- gesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes m. b. H., Berlin SO. 16, Engelufer 24 IV.

### Bekanntmachungen.

#### Vorstand.

Sonntag, den 18. März, ist der 11. Wochenbeitrag fällig.

Cont Beschluß der Generalversammlung ist ein Stundeneinkommen als Verbandsbeitrag abzuführen.

#### Geschäftsführer gesucht.

Für die Filiale Delsnik i. B. wird ein Geschäftsführer gesucht. Mit dem Verbandsleben vertraute und für den Posten befähigte Kol- legen und Kolleginnen wollen sich mit einem selbstverfaßten u. hand- schriftlich selbst geschriebenen Auf- satz über die Aufgaben eines Ge- schäftsführers um diese Stelle bewerben. Das Bewerbungsschreiben muß mit dem Kennwort „Bewerbung“ versehen sein und spätestens bis 4. April d. J. an den Verbandsvorstand, Berlin O. 27, Magazinstr. 6/7, eingereicht werden.

Bedingungen: Mindestens drei- jährige Mitgliedschaft und wäh- rend dieser volle Beitragsleistung. Gegenwärtig gezahlte Beitrags- klasse ist anzugeben. Ferner sind Angaben zu machen über politi- sche Organisationszugehörigkeit. Voll. Zeugnisse wolle man nur in Abschrift beifügen. Gehalt be- stimmt sich nach den Beschlüssen der vom Beirat eingesehenen Kom- mission vom Februar 1923. Das erste Dienstjahr gilt als Probejahr. Während desselben ist beiderseitig vierwöchige Kün- digung zulässig. Der Vorstand.

#### Adressenänderungen.

Gau Kassel. Erfurt ist mit Apolda verschmolzen.

Gau Barmen. Wipper- furt h. V: Hermann Hilgers, Niedergaul b. Wipperfürth.

Gau Augsburg. Kibingen. V: Christoph Venz, Obere Bach- gasse 9. K: Hans Huthöfer, Obere Bachgasse 10.

Gau Gera. Zeitz. V: P. Buch, Roßmarkt 7.

Gau Dresden. Großen- hain. K und Geschäftsführer Albert Dobbert, Radeburger- Straße 4. Werdau. V: E. Rascher, Geschäftsführer, Werdau-Leubnitz, Volkshaus. K: B. Heingel, Geschäftsführer, Werdau-Leubnitz, Volkshaus.

Gau Berlin. Swinemünde ist eingegangen.

**Zusammenkünfte.**

**Mitgliederversammlungen.**

Fürstenwalde (Spree). Donners- tag, 22. März, im Volksgarten, Windmühlentrafé.

Rohrweil. Mittwoch, 21. März, abends 7 1/2 Uhr, im Deutschen Haus, Kreuzplatz 8.

Berlin. Delateure. Jeden Frei- tag nach dem 1. und 15., nach- mittags von 4—5 Uhr, Stall- schreiberstraße 29 (Schutz)- Zahlung.

Gähnichen. Sonnabend, 27. März, abends 8 Uhr, bei Balg.

**Ortsverwaltungen.**

**Abhanden gekommene Mit- gliedsbücher und -karten.**

Berlin. Buch Nr. 879 831 für Albert Becker, eingetreten 1. 2. 1898, Rummelsburg.

**Totenliste.**

**Gestorbene Mitglieder.**

Augsburg. Marie Zelentska.

Bauhen. Minna Schneider; Anna Holschütz; Martha Kalauch.

Berlin. Charlotte Sonuscheit; Robert Schmidt; Pauline Müller; Wilhelm Krause; Marie Schöneich.

Brandenburg a. d. H. Martha Zielinsty.

Chemnitz. Adolf Böhle, Wilhelm Wolf; Minna Klava Borsten- dorfer, Ida Klara Hunger, Hil- degard Schramm.

Fünferwalde. Dora König.

Hamburg-Altona. Ludw. Rowat; August Knoth.

Krefeld. Heinrich Uellessen; Wil- helm Friedrichs; Johann Fuhr- mann; Hilbe Brodermann; Pet. Skammsen; Frau Peter Schnab; Mittweida. Heinrich Schneider; Elsa Schubert; Anna Hermann; Bruno Seidel; Wilhelm Rudolf. Neumünster. Karl Friedrich Müller; Friedrich Rod; Agnes Schlabom.

Osternode a. S. Ernst Löffler; August Borchers.

Ehre ihrem Andenken!

### Jüngere geübte Arbeiter

auf Stridmaschinen werden gesucht. Anton & Alfred Lehmann A.-G., Berlin-Niederschöneweide.

**Tüchtiger Wirkereiarbeiter,** unversehrt, zur Meisterstellung befähigt zur Beaufsichtigung und Einrichtung Zerroscher Rundstühle sofort gesucht. Anton & Alfred Lehmann A.-G., Berlin-Niederschöneweide.

Redaktionschluss für die nächste Nummer Freitag, 16. März

Verlag: Karl Böhlsch in Berlin, Magazinstr. 6-7. — Verantwortlich für alle selbständigen Artikel Hugo Bressel in Berlin, für alles andere Paul Bagener in Berlin. — Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. in Berlin.

Als Wochenbeitrag muß ein Stundenverdienst an die Verbandskasse abgeführt werden!